

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und für Anzeigen die Postanstalten entgegen. — Erscheint wöchentlich. Preis pro Anzeiger Nr. 53.

Bestellungen für Anzeigen aus dem Erzgebirge 50 Goldmarken, aus dem Erzgebirge 50 Goldmarken, aus dem Erzgebirge 50 Goldmarken, aus dem Erzgebirge 50 Goldmarken, aus dem Erzgebirge 50 Goldmarken.

Telegramm: Auerblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000

Nr. 128

Sonnabend, den 5. Juni 1926

21. Jahrgang

Französische Kammerdebatte um die Ratifizierung des Locarnovertrages.

Der Berliner Vertrag Stein des Anstoßes.

Paris, 3. Juni. Der radikale Senator Bery begründete zunächst einen Antrag, die Ratifizierung der Locarnoverträge bis zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund aufzuschieben damit, daß Deutschland nach der Unterzeichnung der Abkommen von Locarno sich eine feste Herausforderung gestattet habe, und es deshalb gut sei, mit der Ratifizierung der Abkommen zu warten, bis die Doppelzingsigkeit Deutschlands aufgeklärt sei.

Man könne wohl den Vertrag Deutschlands mit Rußland mit Locarno und dem Völkerbund in Einklang bringen, vorausgesetzt allerdings, daß der Geist, in dem er von den Vertragsschließenden ausgeführt wurde, verständlich sei. Er wolle deshalb erst abwarten, um so mehr, als nach seiner Ansicht Deutschland und Rußland einen Verteidigungsvertrag gegen den Völkerbund unterzeichnet hätten.

Ministerpräsident Briand erklärte darauf, daß er den Vertrag nicht annehmen könne. Er habe jenen mystischen Enthusiasmus, der sich um das Abkommen von Locarno gebildet habe, nicht ausgenutzt, um sofort die Ratifizierung zu erlangen, denn er sei der Ansicht, daß diese Improvisation nicht ehrlich gewesen wäre, aber heute sei der Augenblick gekommen, in dem der Senat sich über die Frage auszusprechen müsse, denn wären bei der nächsten Zusammenkunft die Abkommen noch nicht ratifiziert,

so könne Deutschland darin einen Vorwand finden, sich zurückzuziehen.

Wenn der Senat die Vertagung annahme, dann gebe es kein Abkommen von Locarno mehr.

Der radikale Senator Francois Albert erklärte, er werde sich über die Abkommen von Locarno erst äußern, nachdem Deutschland sich klar über den deutsch-russischen Vertrag ausgesprochen habe. Auch für sie sei der deutsch-russische Vertrag eine Enttäuschung. Dieser Vertrag habe eine neue Tatsache geschaffen.

Briand erwiderte darauf, daß man wohl den Paß von Locarno auf Grund des deutsch-russischen Vertrags verwerfen könne, aber man könne nicht behaupten, daß der deutsch-russische Vertrag eine Vertagung notwendig

mache. Hierauf wurde abgestimmt und der Antrag Bery abgelehnt.

Nach einer Unterbrechung der Sitzung ergriff der Berichterstatter Senator Vabrouse das Wort, um zu erklären, der Rheinlandpakt lasse alle Klauseln des Vertrages von Versailles bestehen. Außerdem bedeute Locarno die moralische Garantie für die territoriale Sicherheit Frankreichs. Die Abkommen von Locarno seien gegen seinen Staat abgeschlossen, sie hätten Wert bis zu dem Augenblick, in dem der Völkerbund den Vertragsschließenden die gleichen Garantien gäbe. Das Werk von Locarno sei groß, aber man müsse auch anerkennen, daß die Autorität des Völkerbundes nur moralisch sei und daß er über keine Sanktionen verfüge. Locarno bedeute also nicht die vollkommene Sicherheit. Die Sorge um die Zukunft Frankreichs erfordere, daß man alle Maßnahmen treffe, einen unvorhergesehenen Angriff verteidigen zu können. Hierauf ergriff Senator Millerand das Wort. Er führte aus: Wohl hätten sich Deutschland und Frankreich in den Abkommen von Locarno Garantien gegeben, England und Italien bestellten aber Recht, die Neutralität ihrer Interventionen festzustellen. Die Engländer, die wohl begriffen hätten, daß ihre Grenze am Rhein liege, hätten noch nicht begriffen, daß sie auch an der Weichsel lägen. Die Abkommen von Locarno hätten einen großen Fehler.

Die Absichten Deutschlands und Frankreichs seien nicht die gleichen.

Frankreich erwarte, daß der Vertrag von Versailles restlos bestehen bleibe, Deutschland dagegen geheime Absichten nicht, daß sein Ziel die Revision der von ihm für unannehmbar erklärten Verträge sei. Es träte in den Völkerbund ein, um sie zu seinem Vorteil abzuändern. Das französische Parlament könne die Abkommen von Locarno nicht ablehnen und die Haltung der Vertreter Frankreichs desabwölken. Deshalb trete er für die Ratifizierung ein. Wenn Deutschland nur seinen wirtschaftlichen Wiederaufstieg wolle, könne man sich dem nicht widersetzen, aber man verlange von ihm, daß es seine Tätigkeit nur im Rahmen des Europa der Friedensverträge verfolge.

preußischen Regierung tatsächlich gegeben waren. Insbesondere bemerkte ich nur, daß bei dieser Unterhaltung von bevorstehenden Hauskuchungen bei führenden Herren der rheinisch-westfälischen Industrie in keiner Weise die Rede gewesen ist.

Bürgermeister Neumann zurückgetreten.

Lübeck, 3. Juni. Bürgermeister Dr. Neumann ist von seinem Amt zurückgetreten. Voraussichtlich wird der bisherige Stellvertreter des Bürgermeisters, der sozialdemokratische Senator Loewig, die Bürgermeisterei übernehmen.

Neumanns Nachfolger in Lübeck.

Laut B. J. am Mittag hat an Stelle des zurückgetretenen Bürgermeisters von Lübeck, Dr. Neumann, Senator Loewig die Bürgermeisterei übernommen.

Die deutschen Bergarbeiter gegen Kohlentransporte nach England.

Essen, 3. Juni. In dem offiziellen Organ des deutschen Bergarbeiterverbandes, der „Bergarbeiterzeitung“, wird ein Aufruf veröffentlicht, in dem die deutschen Bergleute aufgefordert werden, deutsche Kohlentransporte nach England zu verhindern und keine Ueberführungen zu verfahren.

Kabinettsberatung über die Flaggenfrage.

Zu der Meldung der „Vossischen Zeitung“ über die Flaggenfrage teilt die „Tägliche Rundschau“ mit, es handele sich zunächst darum, einen Ausschuß zu bilden, an dem nicht nur Vertreter des Parlaments und der Regierung, sondern auch weitere Kreise beteiligt seien. Das Kabinett werde sich voraussichtlich am Montag darüber schlüssig werden, durch welchen Minister es in diesem Ausschuß vertreten sein werde. Die Einbringung einer Vorlage über die Schaffung einer Einheitsflagge könne selbstverständlich erst in einem späteren Stadium erfolgen, wenn über die Vorverhandlungen einigermaßen Klarheit geschaffen sei, welche endgültigen Vorschläge für die Lösung in Betracht kämen.

Reise des königlichen Paares.

Kopenhagen, 3. Juni. Der König und die Königin traten heute an Bord des Kreuzers „Niels Juul“ die Reise nach den Färö-Inseln an.

Rudolf Oeser †

Berlin, 3. Juni. Der Generaldirektor der Reichsbahn, Dr. h. c. Rudolf Oeser, ist heute nachmittag 5.10 Uhr nach langem schweren Leiden verschieden. Auf allen Reichsbahnanlagen wurden zum Zeichen der Trauer die Flaggen halbmast gehißt.

Rudolf Oeser hat ein Alter von 67 Jahren erreicht. Er stammt aus dem industriellen Teil Anhalts, aus dem Selbständigen Coswig, wo er am 18. November 1858 geboren wurde. In Berlin studierte er Volkswirtschaft und Philosophie und wandte sich dann der Publizistik zu. Als Schriftleiter an der Frankfurter Zeitung erwarb er sich auf volkswirtschaftlichem Gebiet bedeutendes Ansehen. Gleichzeitig trat er im politischen Leben als Anhänger der fortschrittlichen Volkspartei hervor. In Frankfurt a. M. wurde er 1902 erstmals in das preussische Abgeordnetenhaus gewählt, dem er mit einer Unterbrechung von 1908 bis 1919 bis zu dessen Verschwinden während der Novemberrevolution von 1918 angehörte. Auch dem alten Reichstag gehörte er als Vertreter von Frankfurt von 1907—1911 an. Während des Krieges trat er aus der Schriftleitung der Frankfurter Zeitung aus, um als Direktor die Leitung der Oses-Zeitung in Stuttgart zu übernehmen. Als im März 1919 das erste parlamentarische Kabinett aus der Mitte der preussischen Landesversammlung gebildet wurde, übernahm Oeser als Mitglied dieses Kabinetts das Eisenbahnministerium und später, im Frühjahr 1921, war er Minister der öffentlichen Arbeiten in Preußen. Nach dem Rücktritt des Kabinetts Stöcker wurde er Landeshauptmann der Provinz Sachsen bis er im November 1922 als Reichsminister des Innern in das Kabinett Cuno eintrat. Auch dem diesem im August 1923 folgenden Kabinett Stresemann gehörte er an, jedoch als Verkehrsminister. Im Bereich des Innern machte er dem Sozialdemokraten Sellmann Platz. Ihm rückte General Erber seinen seit 1919 innegehabten Sitz im Verkehrsministerium ein. Mit Inkrafttreten des Dawesplanes trat er an die Spitze der Deutschen Reichsbahngesellschaft. Die Technische Hochschule in Karlsruhe ernannte ihn im vorigen Jahr zum Dr.-Ing. ehrenhalber. Rudolf Oeser war ein Mann, der nichts der Günst der Zufälle verdankte. Sein ungewöhnlicher Aufstieg erfolgte nicht im Flug, war nicht das Geschenk gütiger Feen, günstiger Umstände, väterlicher Verdienste, sondern Schritt für Schritt gäbe und beharrlich erkämpft, das Werk eines Mannes, der ein unerhörtes Maß von Arbeitskraft, Fleiß, Selbstentäußerung immer wieder einsetzte, um widrige Umstände zu überwinden, aus sich das Höchstmaß an Leistung herauszuholen und in den Dienst seiner Arbeit zu stellen.

Oesers Nachfolger.

Die Ernennung des neuen Generaldirektors der Reichsbahngesellschaft wird der aus 18 Mitgliedern bestehende Verwaltungsrat der Reichsbahn vorzunehmen haben. Die Leitung der Geschäfte hat vorläufig der stellvertretende Generaldirektor übernommen. Die Blätter nennen als in Frage kommende Persönlichkeiten für den Posten des Generaldirektors in erster Linie Dr. Dauter, daneben auch Dr. Krone, sowie auch Oberbürgermeister Böll.

Amerikanische Blätter zur Ratifizierung des Schuldenabkommens mit Frankreich.

New York, 3. Juni. World schreibt in einem Leitartikel über die Annahme des französischen Schuldenabkommens, das weitere Schicksal des Vertrages hänge nunmehr mehr von Paris als von Washington ab. Der Hauptwert des Abkommens liege in der Förderung der Stabilisierung in Europa. Seine Ratifizierung mache es Frankreich möglich, sich seinen beiden wichtigsten Aufgaben zuzuwenden. Die eine, die Verständigung mit Deutschland, habe bereits glänzende Fortschritte gemacht. Die zweite, die Lösung des Finanzproblems, könne ohne Opfer nicht erwartet werden. Es sei jedoch zu hoffen, daß die soziale und politische Verfassung Frankreichs durch die finanziellen Verhältnisse nicht gefährdet sei. Times schreibt, für Amerika sei wichtiger als das Schuldenabkommen, daß Frankreich sein Steuerproblem lösen könne. Da die Franzosen ihrerseits von der Notwendigkeit selbst schmerzhafter Maßnahmen überzeugt seien, werde nach erfolgter Ratifizierung die Möglichkeit, ihnen Anleihehilfe zu gewähren, nicht ausbleiben.

Die neuen Naruben in Kalkutta.

Kalkutta, 3. Juni. Die Erregung, die infolge des Protestes der Bevölkerung gegen die von den Behörden erzwungene Verlegung des Marktweges einer Hinduprojektion entstanden ist, dauert am. Mehrere Waggons sind von der Polizei beschlagnahmt worden.

Dr. Stresemann und die preussische Polizeireaktion.

Berlin, 3. Juni. Zu der Meldung des sozialdemokratischen Pressedienstes, der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann habe sich mit dem Vorgehen der preussischen Regierung in Sachen der angelegten Umsturzpläne von rechts einverstanden erklärt und ein energisches Durchgreifen gefordert, nahm der Reichsminister des Auswärtigen auf einer Versammlung des Reichsausschusses für Handel und Industrie der Deutschen Volkspartei in Erfurt Stellung und führte dazu folgendes aus: Die Mitteilung vom Ministerialdirektor Abegg im preussischen Landtage könnte für die Frage, ob das Vorgehen der preussischen Regierung berechtigt war, nur dann Bedeutung haben, wenn meine Äußerung nach dem Bekanntwerden der Veröffentlichung der amtlichen Stellen erfolgt wäre. In Wirklichkeit war der Vorgang folgender: Am dem Tage, an dem der Abgeordnete Giesberts im Reichstage von diesen angeblichen Plänen sprach, d. h. vor irgendeiner Veröffentlichung der preussischen Regierung, habe ich bei dem stellvertretenden Polizeipräsidenten von Berlin angefragt, was es eigentlich mit dieser Umsturzgefahr auf sich habe. Dr. Friedensburg hat mir darauf telephonisch gesagt, daß es sich um einen grobangelegten Plan zur Einrichtung eines Direktoriums im Reiche unter Beseitigung des Reichspräsidenten und seiner Ersetzung durch einen Reichsverweser handle, der gleichzeitig in allen deutschen Ländern Landesverweser einsetzen sollte. Auf Grund dieser Mitteilung des Herrn Dr. Friedensburg habe ich in unserer telephonischen Unterhaltung erklärt: Wenn die Dinge so liegen, dann greifen Sie nur ordentlich durch! Diese Äußerung ist für jeden Anhänger der Verfassung selbstverständlich, wenn er auf Grund von Mitteilungen von autoritativer Stelle unter dem Eindruck steht, daß solche Dinge tatsächlich beabsichtigt waren. Von dieser Unterredung habe ich auch der volksparteilichen Presse bei einer am nächsten Tage stattgehabten Zusammenkunft Kenntnis gegeben. Mit der Kernfrage, ob die Voraussetzungen für ein solches Vorgehen tatsächlich gegeben war, hat die unter diesen Umständen damals erfolgte Antwort gar nichts zu tun. Ich habe mich vielmehr aus den inwärtigen bekanntgewordenen Veröffentlichungen bisher nicht davon überzeugen können, daß die Voraussetzungen für ein derartiges Vorgehen der